



Regierungsratsbeschluss vom 27. Juni 2023

Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude; Stellungnahme

P235050

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Begründung

Die Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend «Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude» verlangt, eine gesetzliche Grundlage für Bohrrechte für private Erdsonden zu schaffen, in der Annahme, dass dies auf Allmend heute nicht möglich sei. Dem ist jedoch nicht so. Gemäss §11 des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) gehören private Erdsonden zu zulässigen Bauten und Anlagen zu Sonderzwecken im öffentlichen Raum. Diese Sondernutzung bedarf einer Nutzungsbewilligung, bei der die sich entgegenstehenden privaten und öffentlichen Interessen gegeneinander abgewogen werden. Die Allmend wird bereits heute stark durch die Erschliessungspflicht des Kantons (Ver- und Entsorgungsleitungen) beansprucht. Dieses hohe öffentliche Interesse am Untergrund der Allmend geht einer privaten Nutzung des Untergrunds durch eine Sonde in den meisten Fällen vor. Deshalb ist die Güterabwägung bei der Erteilung der Nutzungsbewilligung wichtig und sollte nicht durch ein voraussetzungsloses Bohrrecht ersetzt werden.

Die Motion hält zudem fest, dass insbesondere in der Stadt Grundeigentümerschaften oftmals das Terrain für Bohrungen fehlt, und fordert daher die Ausweichung auf Allmend. Dies würde jedoch dem Teilrichtplan Energie entgegenlaufen, der den Ausbau der Fernwärme speziell in den dichtbebauten Stadtteilen von Basel vorsieht.

